



30.07.1973 – Quelle <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41955159.html>

Die Türken kommen - rette sich, wer kann

Fast eine Million Türken leben in der Bundesrepublik, 1,2 Millionen warten zu Hause auf die Einreise. Der Andrang vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon Lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.

Die Kneipe am Kottbusser Tor war mal echt Kreuzberg, Ecklage, Berliner Kindl, Buletten, Sparverein im Hinterzimmer. Heute rotiert am Buffet der Hammelspieß senkrecht, der Kaffee ist süß und dickflüssig, aus der Musikbox leiert orientalischer Singsang.

"Hisar" heißt die Ecke jetzt auf türkisch -- das bedeutet "Festung", und so abwegig

scheint der Name nicht. Unter Einschußlöchern an der Decke wacht, wieder mal, ein neuer Wirt. Ganz hinten hocken Zeki, Ahmet und ein paar andere bei einem Spiel namens "Jokey", Spielwart Hasan kassiert am Tisch den Zehnten.

Berlinisch ist da nur noch der Strohmann, den sich der türkische Inhaber aus gewerberechtlichen Gründen hält. Und nebenan um die Ecke, die ganze Straße hinauf und die nächste hinunter, wohnt unübersehbar Kundschaft aus dem Morgenland.

Im Toreingang Lausitzer Straße 50 hängen Briefkästen von dreißig Mietern, deren Namen allesamt auf "oglu", "ek" und "can" enden. In der Oranienstraße, wo einst Paul Lincke wohnte (Nr. 64) und Berliner Luft verspürte, flanieren Frauen im Salvar, der Pumphase. Die Gemüseauslagen sind neuerdings von bunter Opulenz, vor den Fleischerläden hängen ausgeweidete Hammel, und überall zeigen Türkenfahnen mit Stern und Halbmond an, daß Kreuzberg hier "Kleen-Smyrna" ist.

Im Viktoria-Park, wo Maximilian Harden das "Rauschen des Wasserfalls" vernahm, tönt nun "türk folkloru". Dort ist -- "Cimenleri cignemek yasaktir" -- selbst das Betreten des Rasens auf türkisch verboten. So gründlich wie in Kreuzberg hat sich während der letzten Jahre in keiner deutschen City die Bürgerschaft verändert.

Vor dem Krieg lebten in dem Arbeiter- und Kleinbürgerbezirk rund 350 000 Menschen. Heute sind es nur noch 160 000, unter ihnen -- ginge es nach amtlichen Zahlen -- 20 500 Türken. Doch die Kolonie, selbst mit dieser Zahlenstärke schon das stärkste Fremdenkontingent in einem Großstadt-Areal von der Größe Kreuzbergs, ist weitaus größer.

Denn nicht registriert sind Scharen von Illegalen. Mit Paß und Pappkarton landen sie auf dem DDR-Flughafen Schönefeld im Osten der Stadt und wechseln, vom Westen unkontrolliert, per 5-Bahn herüber. Oder sie kommen als Touristen, lassen die jedem Ausländer gewährte Aufenthaltsfrist von einem Vierteljahr verstreichen und sind -- wie Hans Joachim Jankus von der Polizeiinspektion Kreuzberg klagt -- "plötzlich ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis einfach als Illegale da".

Die Zahl dieser Untergrundler schätzt die Polizei nach Razzia- Resultaten auf 15 Prozent der offiziellen Türkenstärke. Sozialbetreuer dagegen halten 30 bis 40 Prozent für zutreffend -- will heißen: 25 000 bis 30 000 Türken in Kreuzberg.

Fast alle bleiben im Lande und mehren sich redlich. Von 1720 Neugeborenen, die 1972 im städtischen Urban-Krankenhaus zur Welt kamen, waren 650 Türken-Kinder. Rund 5000 Alis und Selims unter 14 leben nach offizieller Zählung am Kreuzberg; in den Freizeitstätten des Sanierungsgebietes haben sie die Mehrheit, im Jugendzentrum an der Naunynstraße gar mit zwei Dritteln. In den Kindertagesstätten stieg die Zahl der Kleinst-Türken im letzten Halbjahr auf 430, um ein Drittel.

Offizieller Zuzug, illegaler Zustrom und natürlicher Zuwachs haben Kreuzbergs Türken-Kolonie innerhalb der letzten zwölf Monate um eine ganze Brigade (4000) verstärkt. Derzeit ziehen monatlich etwa 500 türkische Neuankömmlinge nach Berlin, vorzugsweise in die Gegend um den Görlitzer Bahnhof -- und das womöglich auf Jahre hinaus: Das Statistische Landesamt prophezeit ein Ansteigen des Berliner Bedarfs an ausländischen Arbeitnehmern von gegenwärtig rund 100 000 auf 150 000

im Jahre 1985.

Schon jetzt gibt es in Kreuzberg Häuserzeilen, wo -- wie in der Mariannenstraße -- nur noch jeder fünfte Anwohner Deutscher ist. "Wenn das so weitergeht", sagt Bezirksbürgermeister Günther Abendroth, "ersaufen wir einfach." Und ein Ausländer-Run wie im Gebiet zwischen Tempelhofer Flughafen und Potsdamer Platz steht auch anderen deutschen Städten ins Haus. 1975 drei Millionen

ausländische Arbeitnehmer?

Was die Türken für Kreuzberg, sind in Stuttgart 35 000 Jugoslawen. Jeder 30. Arbeitnehmer in Hannover ist Spanier, jeder 20. in Pforzheim Italiener. Schon ist in mittleren Industriestädten wie Ludwigsburg oder Göppingen jeder fünfte Bürger von weither, wachsen Provinzmetropolen wie Stuttgart oder Bremen nur noch dank Zuzug von Bosphorus und Adria. In München, wo rund 50 000 Türken registriert sind, sieht OB Georg Kronawitter vor lauter Ausländern "die Integrationskraft der Stadt allmählich an ihre Grenze gelangt".

Vorwiegend in den Ballungsräumen, und dort wiederum oft in den alten Stadtkernen, siedeln mittlerweile 2,5 Millionen ausländische Arbeitnehmer (Illegale nicht gerechnet) nebst 1,2 Millionen Angehörigen. Ihre Zahl -- seit 1962 aufs Fünffache gewachsen, seit 1969 verdoppelt -- dürfte, wenn der Zustrom anhält, schon im übernächsten Jahr auf drei Millionen anwachsen. An der Spitze: die Türken.

In immer größeren Schüben schwärmen sie von den Gestaden des Bosphorus und aus dem Hochland von Anatolien ein. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BfA) schätzt die Zahl der offiziell registrierten türkischen Arbeitnehmer gegenwärtig auf annähernd 580 000. Zusammen mit 270 000 Angehörigen und einem Heer von Nichtregistrierten (das die türkische Botschaft in Bad Godesberg auf 75 000 taxiert, nach Ansicht von Kommunalpraktikern jedoch doppelt so stark sein dürfte) reicht das deutsche Türkenvolk schon jetzt an die Millionengrenze -- bei weitem die größte Fremdengruppe in der Bundesrepublik.

Schon haben sich in der Türkei weitere 1,2 Millionen auf die Wartelisten der Anwerber schreiben lassen -- eine Reserve, die von 1976 an, wenn neue EWG-Regelungen in Kraft treten, tatsächlich über die Bundesrepublik kommen könnte*. BfA-Präsident Josef Stingl sieht ein "unlösbares Problem";

* Von 1976 an erlischt gemäß Assoziierungsabkommen mit der EWG die Aufenthaltsbeschränkung für Türken in Deutschland; nach bis dahin gültigem Ausländerrecht dagegen wird vom vierten Monat an weiterer Aufenthalt von einer Arbeitserlaubnis abhängig gemacht.

schwierig genug sind die Probleme jetzt schon. Die Legende von den "Gastarbeitern" hat sich noch nicht dadurch erledigt, daß die Behörden die irreführende Vokabel aufgegeben haben und nun von "ausländischen Arbeitnehmern" sprechen. Geblieben ist die amtlich immer noch genährte Fiktion, die Fremden in der Bundesrepublik gastierten gewissermaßen nur -- billige Wohlstandshelfer mit exotischem Air, die nach einer Weile dahin, wo sie hergekommen sind, zu retournieren und durch Neugeworbene zu ersetzen seien.

So praktiziert man es in Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein -- Überbleibsel des "Rotationssystems", eines Anfang der sechziger Jahre in Westdeutschland entwickelten und ebenso lange umstrittenen Mittels gegen Masseneinwanderung:

Die bei mehr als dreimonatigem BRD-Besuch erforderliche Aufenthaltserlaubnis wird, obwohl laut Gesetz auch unbefristet möglich, durch die Ausländerbehörden nur jeweils einjährig erteilt und nach fünf Jahren nicht mehr verlängert. So schaffen die Rotationspraktiker Platz für Neuangeworbene. "Jeder kommt mal dran", spottet der Berliner Verwaltungsrichter Dr. Fritz Franz, Verfechter einer Ausländerrechts-Reform, "so wird der Gleichheitsgrundsatz gewahrt."

Während Rotations-Befürworter und -Gegner noch darüber streiten, ob der Menschen-Kreisel "unverzichtbare staatspolitische Notwendigkeit" ist (bayrisches Innenministerium) oder "moderne Form der Sklaverei" (Frankfurts SPD), geraten die Betroffenen zunehmend in den Mahlstrom sozialer Konflikte.

Daß die Furcht vor der Ausweisung die Flucht in die Illegalität nachgerade hervorruft, daß ausländische Arbeitnehmer so gut wie keine beruflichen Aufstiegschancen haben, daß sie unter häufig desolaten Bedingungen hausen müssen, daß ihre Kinder dem heimatlichen Milieu entrissen, im neuen aber keineswegs heimisch werden -- solche beklemmenden Aspekte bundesdeutscher Ausländer-Existenz gelten längst als Muster gesellschaftlicher Unterprivilegierung (SPIEGEL 43/1970).

Gleichwohl erhellt der Türken-Andrang die Misere in bisher nie dagewesener Schärfe. Kein anderes Herkunftsland hat so viele Analphabeten (Uno-Schätzung: 54 Prozent). Für keine ethnische Gruppe ist die Kluft zwischen urtümlichen Lebensbedingungen zu Hause und entwickelter Industrie-Gesellschaft so tief wie für die Frauen und Männer Kleinasiens.

Kein Wunder, wenn die Türken in der Bundesrepublik ein Exempel dafür liefern, daß "gesellschaftlich nicht eingebundene Minderheiten zur räumlichen Absonderung" drängen und in der Fremde, wie es Soziologen der Münchner Stadtplanung formulierten, "vertraute Lebensgewohnheiten" suchen -- indem sie eng aneinanderrücken*. So gibt es Türken-Kolonien in

* West-Berlin, wo in den Bezirken Kreuzberg und Wedding manche Straßen nur noch 20 Prozent deutsche Wohnbeteiligung aufweisen;

* Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsanteils in München", herausgegeben vom Stadtentwicklungs-Referat, Leitung: Dr. Hubert Abreß, München, 1972.

* Köln, wo mittlerweile jeder siebente Altstadtbewohner Türke ist;

* Frankfurt, wo bei hektisch zunehmender Konzentration allein 4000 legal ansässige Türken im Bahnhofs-Viertel Quartier gemacht haben.

Es gibt sie wieder, jene separaten Siedlungsgebiete für Minderheiten mit anderer Sprache, aus anderen Zivilisations- und Sozialgefügen, die in aller Welt Getto heißen.

Wie zwangsläufig kapseln sich ganze Nationalblöcke in der Fremde ab. Schon zu Hause auf der Flucht vor Nöten, fliehen sie auch im Zielland -- hier vor den eigenen Anpassungsschwierigkeiten und vor der Intoleranz der Umwelt; sie igeln sich ein.

Wie selbstverständlich gehört das "Türkengetto" schon zum Sprachschatz von Stadträten und Sozialpolitikern. Noch zu Amtszeiten als Oberbürgermeister von München glaubte Hans-Jochen Vogel, jetzt Bundeswohnungsbauminister, erkannt zu haben, daß es "kleine Harlems auch schon bei uns" gäbe.

Zwar: Eine Randgruppenstadt, die unter Rassenkampf, Kriminalität und Häuserverfall zum Siechtum in Apathie verurteilt scheint, ist hierzulande eher noch Alptraum. Doch erste Harlem-Symptome sind bereits sichtbar. An den Erosionsstellen deutscher Städte "wächst ein neues Subproletariat heran, keimt die Saat sozialer Krankheitsherde" (Richter Franz). Ein Türke bleibt nicht lange allein.

Nuriye Ertunc, Gartenarbeiterin, wohnt in einem zweiten Hinterhof der Lausitzer Straße zu Kreuzberg auf zwölf Quadratmetern. Der Erker des Halbgeschoß-WC ragt über dem Sperrmüllbett. Tagsüber hält hier Ehemann Nasreddin die Stellung: Er hat weder Arbeit noch Aufenthaltstempel im Paß: der Zuzug von Kind und Großmutter aus Adana ist in Sicht, eine größere Wohnung nicht.

In der Gegend werden die Ertuncs unweigerlich bleiben, wie Nachbarin Fatma Civan aus Samsun, die schon ihr voriges Domizil in der Wiener Straße, weil ohne Ofen, geräumt hat und es demnächst ein paar Blöcke weiter in der Gitschiner versuchen will: "Ein paar aus Samsun wohnen auch da."

Kreuzbergs Türken kampieren in Kabausen aus der Gründerzeit, die ihrer Funktion als Schnitterkasernen der Industrialisierung auch 100 Jahre danach noch gerecht werden müssen. In den Hofwinkeln spielen zwischen modernem Hausrat Kinder, von denen nach türkischer Schätzung jedes zweite polizeilich nicht gemeldet ist und deshalb auch keinen Platz in Hort und Schule findet.

Die Ziegellabyrinth haben, ob in Hamburg-Ottensen oder München-Lehel, das Waschbecken in der Küche, wenn nicht im Vierfamilienklo auf halber Treppe; die Spuren des letzten Rohrbruchs tilgt immer erst der jeweils nächste. Nach seinem Besuch bei den Acabays in einem Frankfurter Türkenhaus, Westendstraße 60 -- 43 Bewohner, drei WCs -, fand Hessens Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld: "Wir müssen uns schämen."

Hauswirte investieren da nicht mehr -- wie sollten es die Bewohner tun: Als zumeist Ungelernte rangieren sie an der Unterkante der Einkommensskala und sind auch noch mit Mieten belastet, die nach NRW-Erhebungen den deutschen Vergleichsstandard um 30 Prozent übersteigen.

Und je mißlicher die Umstände, desto stärker die Tendenz zum "Zusammenglucken", wie Bremens Kripochef Dr. Herbert Schäfer die Getto-Entwicklung umschreibt. Denn die Gettos sind den türkischen Einwanderern Wunschziel und Fluchtpunkt zugleich: für Fatma Civan, die ungeheizte Kreuzberger Bruchbuden in Kauf nimmt, um Leute aus dem heimatlichen Samsun in der Nähe zu wissen, wie für Mehmet Yilmaz, der im Hamburger Karolinenviertel unter Landsleuten davor sicher ist, "wie ein Mensch

dritter Klasse behandelt" zu werden.

Denn alle verspüren deutsche Geringschätzung. "Die türkisch-deutsche Freundschaft scheint verschwunden", klagte dem türkischen Soziologen Nezhir Manyas ein Kreuzberger Landsmann. "In der Türkei", so ein anderer enttäuscht, "nimmt noch heute ein Taxifahrer kein Geld, wenn er weiß, daß Sie Deutscher sind." Ein dritter Manyas-Konfident: "Die Leute wollen uns hier nicht." Coskun Evranos, Viktualienhändler in der Berliner Gneisenaustraße, hört öfters, wie draußen vor dem Laden deutsche Passanten seine deutschen Kunden angiften: "Sie sollten sich genieren."

Das scheint typisch zu sein, denn:

* Nur elf Prozent der Berliner, so ergab eine "Infas"-Umfrage, spendierten den Türken das Status-Prädikat "sauber"; sechs Prozent erkannten auf "zuverlässig".

* 60 Prozent der Frankfurter Türken, so ermittelte Soziologin Maria Borris, konnten zu Deutschen nur "schlechte" oder "gar keine" Kontakte herstellen.

* Jeder zweite Berliner wünscht, nichts mit Türken zu tun zu haben, jeder siebte wünscht sie ins separate Wohngebiet.

Die Reaktion der Abgewiesenen maß Soziologin Borris in Frankfurt nach: Jeder dritte ihrer Interviewpartner mochte es mit dem Wohnen unter Deutschen gar nicht weiter probieren und wählte statt dessen bewußt die Abkapselung im Quartier -- Geborgenheit bei vertrauter Umgebung, ungebrochenen Gewohnheiten, mit Koc Yumurtasi, dem Schafshoden-Schmaus, und Suren vom Imam -- im hessischen Allendorf sogar in einer Betriebs-Moschee.

Orientierung in der neuen Welt suchen die Einwanderer ohnedies zuerst in der Gemeinschaft von Familie, Freunden und Landsleuten. So haben die Arbeitgeber in Frankfurt jeden fünften Türken am Main auf namentliche Empfehlung von bereits ortsansässigen Verwandten angeheuert. Die Sippen ziehen Kreise, denn kommt ein türkischer Arbeiter auch alleine, so bleibt er es nicht lange.

Fremdartiger Kuchengeruch vertreibt die Deutschen.

Von den 80 Prozent Verheirateten unter Frankfurts Türken hat nur knapp die Hälfte auch die Ehefrau am Ort -- jeder zweite der Strohwitwer aber möchte sie in Frankfurt wissen. Kinderreichtum daheim wird kaum als Grund dauernder Trennung akzeptiert. Zwar haben zwei Drittel der türkischen Familienvorstände mit fünf- bis sechsköpfigem Anhang. als sie sich auf nach Frankfurt machten, die Ihren erst einmal zurückgelassen; aber schon von den Vätern dreier Kinder ist nur mehr die Hälfte allein.

"Fünf, sechs, sieben Kinder aus zwei Ehen" der Kaffeeabrik-Arbeiterin Hatice Ergen leben noch in Ankara. Zwei von ihnen will sie demnächst nach Kreuzberg holen -- "Allahin Dedigi Olur" verheißt der Haussegner in ihrer abgewetzten Bleibe, Manteuffelstraße 8: "Allahs Wille geschieht."

Den deutschen Einheimischen mag das eher wie Teufelswerk vorkommen. Seit am Berliner Kreuzberg der Ausländeranteil in den Sanierungsgebieten von 15 Prozent im

Jahre 1969 auf 35 Prozent (1972) gestiegen ist, herrscht unter den Ureinwohnern -- so Ortwin Ratei, Leiter des Kreuzberger Stadtplanungsamtes -- "der typische Trend: Rette sich, wer kann".

Es gehört zur Eigendynamik des Getto-Wuchses, daß ungestümer Zuzug von Ausländern den Einheimischen das angestammte Quartier verleidet, der dadurch ausgelöste Auszug der Deutschen aber wiederum Platz für die Fremden schafft -- was nur den Exodus der Einheimischen weiter beschleunigt.

Der "Beirat für Ausländerfragen" am Bezirksamt Kreuzberg ermittelte, was die Ureinwohner zum Kofferpacken bewegt. Danach störte die Kreuzberger zuvörderst der ungewohnte Lärm der Zugereisten. Berliner fühlen sich -- so die weitere Reihenfolge der Beanstandungen -- vom "Geruch fremdartiger Küchengewürze" behelligt, beanstanden die fremden Bräuche auf dem Etagenklo und mögen nicht Wand an Wand mit überbelegten Türkenfluren hausen.

Doch nicht nur der erklärte Schauer vor Geräusch und Gesittung der Südländer dürfte die Türkenflüchtigen bestimmen; es gibt subtilere Gründe für deutsch-türkische Unverträglichkeit. Ressentiments, so vermutete in seiner Ausländerstudie Münchens Stadtentwickler Dr. Hubert Abreß, heute Staatssekretär im Bonner Wohnungsbauministerium, nähmen "in dem Maße zu, wie die Konkurrenz der Fremdgruppe als bedrohlich empfunden wird und die Fremden die Probleme der Mehrheit verstärken". Und: Wo sich "Aggressionen nicht unmittelbar gegen ihre Ursachen richten können, wenden sie sich gegen "Sündenböcke".

Welchen Grad die Ballung ausländischer Mitbewohner annehmen muß, damit die Deutschen das Weite suchen, läßt sich bereits nachmessen. Der Kreuzberger Ausländerbeirat ermittelte, daß bei einem Ausländeranteil von 30 Prozent im Haus die Lawine abgeht.

Nach dem Gesetz des Gettos weichen als erste die wirtschaftlich Stärkeren, die sich die Wahl der Wohngegend womöglich noch leisten können, dann treibt es auch die wirtschaftlich Schwächeren hinweg -- und gleichzeitig verstärkt sich das Desinteresse des Eigners an weiteren Investitionen in ein Haus, dessen Substanzabbau ohnedies die Mieterumschichtung vorantreibt.

Was Türkenschreck und bröckelnder Putz womöglich noch nicht ausrichten, bringt spätestens die höhere Miete in Gang. Ob er nicht mehr mitbieten kann oder mag -- der Altmietler sucht sich ein neues Domizil. Dem Eigentümer tun sich gleich zwei Pfrunden auf, und nicht sehen nutzt er sie mit Doppelstrategie. Da Leute aus Kurdistan deutsche Stuben nicht wie Kleinodien zu behandeln pflegen, kann der Besitzer darauf vertrauen, daß sein schon von ihm vernachlässigtes Haus weiter verkommt -- stets ein gutes Argument für den Abriß und die Errichtung eines ertragreicheren Neubaus. Oder anders: Wer durch die ergiebige Kasernierung von Ausländern die Grundlage für einen Slum gelegt hat, macht nun noch einmal ein Geschäft damit, daß er eben diesen Slum beseitigt.

"Für je zehn Männer mindestens ein Abortsitz."

Die mitlenkende Rolle privaten Hausbesitzes in den Ausländervierteln macht

deutlich, wie eng Getto-Mechanik und Bodenspekulation miteinander verwoben sein können. Problem und Rendite fallen gleichsam stiekum zusammen, und auf den ersten Blick haben sogar die Türken etwas davon:

Der Eigentümer sucht Interessenten für seinen bei Deutschen kaum mehr gefragten Abbruch-Besitz. Der türkische Arbeiter findet massenhaft Wohn. raum, und selbst wenn er im Bruchbau 100 Mark für seine Bettstelle zahlen muß, kommt er noch billiger davon als bei seiner Suche auf dem übrigen Wohnungsmarkt -- und viele haben es eilig, unterzukommen.

Denn leben knapp zwei Drittel der Neugeworbenen zunächst noch in Unterkünften, die der Arbeitgeber zu stellen hat, so sind es im dritten Jahr nur noch 38 Prozent. Wer den Betrieb wechselt, muß ohnehin das Firmenbett räumen -- so er das nicht schon längst getan hat: etwa, weil dort kein Platz für Angehörige ist oder weil solche Massengehäuse den Preisen (in München bis zu 150 Mark je Firmen-Schlafstatt) spotten -- und manchem anderen auch.

Die "Unterbringung" (Amtsjargon) erfordert laut Bonner Richtlinien pro Zimmer einen "Tisch angemessener Größe und für jeden Bewohner eine Sitzgelegenheit" sowie "für je zehn Männer mindestens ein Urinalbecken und einen Abortsitz". Daß dieser amtliche Minderstandard in Kellern, Baracken und ausgedienten Kinosälen notorisch unterschritten wird, beschleunigt den Exodus der Ausländer auf den Wohnungsmarkt.

Hundert Mark pro Bett.

So erklärt sich, daß der Markt hergibt, was er hat:

* Der Pächter eines Hauses in der Frankfurter Westend-Straße Niedenau (Pachtsumme: 4000 Mark) richtete 80 Ausländerbetten ein, verlangte pro Bett 100 Mark und verdoppelte damit seinen Einsatz.

* Der Besitzer einer Münchner Dreizimmerwohnung (100 Quadratmeter à 2,80 Mark offizielle Miete) vergab 18 Betten für durchschnittlich 100 Mark und erzielte mithin 18 Mark pro Quadratmeter.

* Der Eigentümer eines Abbruchhauses an Kreuzbergs Skalitzerstraße parzelliert eine Zweieinhalb-Zimmerwohnung (gebundene Höchstmiete: 54 Mark) für sechs Ausländer, kassiert Kopfmieten bis zu 100 Mark und verzehnfacht den Ertrag. Die inhumane Herausforderung, daß marktwirtschaftelnde Althausgewinnler die Gesellschaftsprobleme von Wohnwertverschleiß und Ausländer-Invasion nutzbringend zu addieren wissen, ist zugleich ein städtebauliches Malheur. Denn der Türken-Run auf die Städte und seine ungesteuerte Vermarktung setzen einen Mechanismus in Gang, der in wildgewordene Stadtentwicklung zu münden droht.

"Wenn gestochen wird, ist häufig ein Türke dabei."

Das Monopoli am lebenden Objekt, in amerikanischen Großstadtbezirken, von Watts bis Harlem, längst erprobt, wird im Frankfurter Westend nachgespielt: die Verwandlung gutbürgerlicher Residenzen in gewinnträchtigen Bürobaugrund, über das Zwischenstadium hochverzinslicher Verslummungshilfe durch Ausländer.

Diese Entwicklung glauben die Regierenden in Frankfurt zwar gebannt; Stadtplanungschef Hanns Adrian rühmt eine "harte Politik" gegen die Slum-Lords -- mit scharfem Mieterschutz und rigoroser Verweigerung von Sondererlaubnissen für Häuserabriß. Gleichwohl registriert Westend-Wächter Adrian "zunehmend Zusammenballung von Häusern mit Ausländern, wo man den Eignern zwar nicht die Absicht nachweisen kann, aber das Gefühl hat: Das kann kein Zufall sein".

Zur harten Politik freilich rang auch Frankfurt sich erst durch, als bereits Büroburgen die citynahen Bürgerviertel zerkeilt hatten, leerstehende Spekulantenhäuser besetzt und die ersten Gettoblöcke gewachsen waren. Was aber dem von südhessischen Sozialdemokraten regierten Frankfurter Rat unterlief, bleibt anderen Städten erst recht nicht erspart: Der administrative Eingriff kommt meist erst im Zerfallstadium der Quartiere, und damit zu spät.

Kommunale Aufkäufer, die gemäß Städtebauförderungsgesetz potentiellen Sanierungsgrund in Stadtbesitz bringen, verschärfen die Slum-Situation noch. Mangels Rechtsgrundlage außerstande, rechtzeitig einzugreifen, können die Städte das schließlich erworbene Gebiet nicht so bald sanieren -- mangels Geld.

So kaufte der Berliner Senat sich energisch, Block um Block, in Kreuzbergs rote Ziegelwüste ein, die zur Sanierung teils längst herangereift, teils jüngst herabgewirtschaftet war. 60 Prozent der Kreuzberger Sanierungsfläche gerieten derart seit 1963 "oft holterdipolter und mit hemdsärmeligen Methoden" (Bezirksplaner Ratei) unter Regie des Rathauses -- und damit zugleich auf die lange Bank der Stadterneuerung. Denn von den 56 000 Berliner Wohnungen, die als Sanierungsobjekt förmlich festgelegt worden sind, wurden bis 1972 erst dreizehn Prozent auch wirklich saniert; für 1973 stellte der Senat 42,6 Millionen an Forderungsmitteln bereit -- gegenwärtig gerade genug für den Bau von 26 000 Quadratmeter Sozialwohnfläche.

Das Berliner Beispiel zeigt bedrohliche Perspektiven auf. Vom Spekulanten-Nießnutz abgekoppelt, ist die Stadterneuerung nun an die Liquidität öffentlicher Haushalte geknüpft -- mithin sind die bereits jetzt sichtbaren Getto-Folgen auf lange irreparabel: daß Menschen wohnen, wo nach einer Untersuchung der Universität Stuttgart "gar keine Wohnungen liegen sollten"; daß ethnische Randgruppen isoliert und in einen Zirkel aus Wohnelend. Bildungsmisere und Aufstiegsbarrieren eingesperrt werden; daß sich Städte-Siechtum à la Harlem abzuzeichnen beginnt. Das Schicksal der "Wohn-Gettos für ausländische Arbeitskräfte und asoziale Deutsche" beschrieb der Münchner Abreß in seiner Studie so: Die Massierung von Ausländern führt so zu Verfallserscheinungen und schließlich zur zunehmenden Entwertung der Viertel. Sie zeigen dann alle Züge sozialer Problemgebiete: schlechte Wohnverhältnisse, damit verbunden ein hohes Maß an gesundheitlichen Risiken, Diskriminierungen für normale deutsche Mieter, Stagnation der Investitionen, Verfall der Häuser, Kriminalität.

Niederschläge dieses Reizklimas füllen denn auch Schlagzeilen von "FAZ" ("Mit Messer und Pistole drei Landsleute getötet") bis "Bild" ("Türke kaufte zwei Hamburgerinnen für 100 DM!"). Was Lokalberichte hingegen nicht erst aufbauschen

müssen: Tatsächlich tut sich die Verbrechensbekämpfung im Dickicht der neuen Elendsviertel zunehmend schwer.

Als etwa im Januar dieses Jahres drei Türken in Kreuzbergs Naunynstraße ermordet worden waren, blieb den Kriminalbeamten nicht mehr als die Vermutung, die Täter seien -- so ein Beamter der örtlichen Polizeiinspektion -- "wohl längst über alle Berge". Behördenscheu und Furcht vor Racheakten legen Dunkelzonen zwischen Delikt und Ermittler. Und im "Hisar" glaubt sich ein Spelungengänger sicher: "Hier kommt kaum einer von denen hin. Auch die Polizei will ihre Ruhe."

So ist denn auch die Aussagekraft der polizeilichen Statistik begrenzt. Der vom Bundeskriminalamt errechnete Delikt-Anteil der Ausländer von 11,5 Prozent ließe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (Ausländeranteil: etwa sieben Prozent) auf eine um zwei Drittel höhere Kriminalität der fremden schließen. Doch die Statistik täuscht schon deshalb, weil die Ausländer durchweg zu den jüngeren, kriminell aktiven Jahrgängen zählen.

Eine deutsche Bezugsgruppe von ähnlich kriminogenem Zuschnitt müßte auf eine wesentlich höhere Verbrechensrate kommen. Statt dessen wird das Kriminalitätsbild der Deutschen durch zahlenstarke gesetzesfromme Gruppen -- Greise, Säuglinge, Besitzburger -- im Vergleich zu den Fremden geschönt.

Zwar: "Wenn irgendwo gestochen worden ist", so meint ein norddeutscher Polizeiführer, "dann war meist auch ein Türke dabei." Aber selbst bei solchen -- noch am ehesten nationalspezifischen -- Formen der Kriminalität bleibt der Befund unter den womöglich zu erwartenden Werten. So stieg in Bremen der Ausländeranteil an gefährlicher und schwerer Körperverletzung seit 1963 um das Zweieinhalbfache, der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung jedoch um das vierfache.

Gewiß behaupten sich einschlägige Dunkelziffern im geschlossenen Kreislauf der Türkenfestungen dauerhafter gegen die Polizeistatistik als in weniger homogenen Bereichen. Und sicherlich: Die soziale Situation im Getto läßt manchen Insassen permanent im Vorfeld der Straftat balancieren -- wie etwa die illegal in Land und Arbeitsstelle geschleusten Ausländer (Bremens Kripochef Schäfer: "Viele erpressen da wohl den Schlepper oder werden vom Schlepper erpreßt").

Gegen Gebühr falsche Stempel fürs Finanzamt.

Doch offen liegen die Schwerpunkte der Slum-Delinquenz anderswo, nämlich dort, wo schiere Gesetzesbrüche am schwersten faßbar sind: am Schnittpunkt von White-collar-Raffinesse und Wirtschaftskriminalität. in einer Mischzone von Fast-noch-Legalität und Beinahe-Straftat, wo Feilschen in Nötigung übergeht und Sozialberatung in Betrug, floriert von Kreuzberg bis Lehel das Geschäft mit dem Landsmann.

Die Opfer finden sich buchstäblich auf der Straße -- verstörte Ostanatolier, frisch eingereist, auf der Suche nach Wohnung, Ratschlag oder heimatlichem Anschluß. Zum Täter braucht es nicht viel: Die Ahnungslosigkeit der Neuankömmlinge läßt sich durch kombinierte Kenntnis in türkischen Lebensgewohnheiten und deutschen Vorschriften leichterhand als Pfründe nutzen:

* Mehmet Alagöz*, Dolmetscher in Duisburg, fertigt für 50 Mark pro Stunde Übersetzungen von Amtsformularen -- die von der Ausländerbetreuung gratis bearbeitet würden.

* Ahmet Kaya*, türkischer Angestellter einer Berliner Immobilienfirma in Kurfürstendamm-Nähe, quittiert für Vermittlung von Kreuzberger

* Namen von der Redaktion geändert.

Sanierungswohnungen 20 Mark -- und kassiert 2000.

* Ali Öztürk*, Reisebüro-Substitut, beschafft Weddinger Türkinnen von deutschen Firmen die namentliche Anforderung des daheimgebliebenen Ehemannes, der bei den offiziellen Anwerbestellen als Ungelernter gegenwärtig sieben Jahre lang auf die Einreise warten müßte. Gebühr für den Sofort-Transfer: 2000 Mark.

* Zeki Arslan*, Reisebüro-Unternehmer in Frankfurt, versieht Unterstützungsbelege fürs Finanzamt mit unleserlichen Istanbuler Stempeln; er kassiert Gebühr, sein Klient den Steuervorteil -- sofern das Finanzamt auf das Falsifikat hereinfällt.

Noch professioneller werden die Kolonie-Bewohner von einem Schwindel-Zweig beschubst, der in der Nachbarschaft exotisch erblüht: vom Lohnsteuer-Busineß.

"Wir kaufen Ihre Lohnsteuerkarte."

"Sie dürfen dem deutschen Finanzamt Ihr Geld nicht schenken", annonciert ein Mahner in "Hürriyet" ("Freiheit"), einer Zeitung der deutschen Türken. Ein Reisebüro in der Kreuzberger Oranienstraße animiert bündig mit Lautschrift im Schaufenster: "Lonstoyer". Sobald der Steuertermin naht, verheißen Dutzende türkischer Läden Trick und Geld, um den Landsleuten Lohnsteuerkarte wie Inkasso-Auftrag zwecks Jahresausgleich abzuschwatzen.

Yusuf Demir* trat einem Berliner Steuerhelfer seinen Erstattungsanspruch ab, erhielt einen Scheck über 400 Mark und löste ihn ein. Nachdem der Helfer vom Fiskus 500 Mark eingezogen hatte, verrechnete er 150 Mark Gebühren. Die 50 Mark Differenz zum Scheckbetrag, so wurde Yusuf beschieden, schulde er nunmehr der Bank, auf die der Scheck gelautet hatte -- plus 14 Prozent Zinsen: Yusuf war die Klausel entgangen, wonach er statt des eigentlich gewünschten Vorschusses einen persönlichen Kredit bei der Berliner Diskonto Bank genommen hatte. Yusufs Einbuße insgesamt: ein Drittel seines Anspruchs ans Finanzamt.

Da Yusuf in deutschen Steuertabellen unkundig ist, muß der Steuerhelfer nicht mit Rückfragen rechnen. Andere Unternehmen, wie etwa ein Steuerbüro an Berlins Kurfürsterstraße, bieten denn auch ihre Dienste gänzlich ohne Umschweife an: "Wir kaufen Ihre Lohnsteuerkarte."

Yusuf und Legionen seiner steuerzahlenden Landsleute sind es dennoch zufrieden. Ihr Vorteil in der Übervorteilung: Sie kommen an Geld vom Staat, ohne die verhaßte Amtsberührung.

Egal nämlich, ob einer sich kleine Bequemlichkeiten kauft -- wie bei Hasan

* Namen von der Redaktion geändert.

Gürsel*, der in Hamburger Behördenfluren gegen kleines Entgelt die Auslosung der Wartelisten manipuliert, oder ob einer -- wie Mustafa Özcan* in Berlin -- durch den gefälschten Paßstempel à 2000 Mark Ärger mit der Polizei einhandelt: Deutsche Amtspersonen mag kaum einer gegen Landsleute auf den Plan rufen. "Viele Türken", sagt Helmut Grell von der Berliner Arbeiterwohlfahrt, "haben eine geradezu tierische Angst, zu Behörden zu gehen."

Das gilt daheim wie in der Fremde. Deutsche Stellen umgehen sie vor allem dann, wenn eine Lösung ihres Problems auch nach heimatlichem Brauch zu haben ist. So offerieren in der Türkei schriftkundige Yazici tausendfach ihrer schreibschwachen Klientel Tippdienste und allerlei Lebenshilfe; also finden türkische Ländler es normal, Rat erst beim Landsmann zu suchen -- selbst wenn er beim zuständigen Deutschen gratis wäre.

Der türkische Sozialarbeiter Seyfi Ecevitoglu in Kreuzberg: "Wer in der Türkei Sozialberatung für umsonst macht, gilt entweder als Dummkopf oder als Kommunist."

Unvollkommenen Bürgerstatus besitzen die Ausländer nicht nur im Privaten, wenn sie etwa auf Wohnungssuche außerhalb der Reservate gegenüber deutschen Konkurrenten "meist zweiter Sieger" werden (Arbeiterwohlfahrtmann Grell) oder ihnen der Kneipenzutritt "oftmals unter diskriminierenden Begleitumständen" verwehrt bleibt (so der Mainzer Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink).

Auf Reißstellen in der bundesdeutschen Egalité stoßen die Fremden auch im öffentlichen Bereich, vor allem

* in der Kommunalpolitik, wo die in Deutschland nicht Wahlberechtigten trotz zaghafter Experimente mit "Gastarbeiterparlamenten" (SPIEGEL 23/1973) nirgends ernsthaft mitreden können;

* bei der Sozialversorgung, die sie zwar kaum je als Rentner in Anspruch nehmen werden, aber subventionieren -- 1971 mit 5,6 Milliarden Mark (17 Prozent der Gesamteinnahmen der Arbeitersozialversicherung);

* im Umgang mit Behörden, wo 74 Prozent der Frankfurter Türken "über Unfreundlichkeit und Ungeduld" (Maria Borris) klagten.

Alle Handikaps seiner sozialen Abseitsstellung freilich kulminieren für den Slumbewohner erst am Arbeitsplatz: Dort ist er, weil vorwiegend un- oder angelehrt, ohne nennenswerte Aufstiegschance; Sprachmängel verhindern exakte Kenntnis von Tarifen und Steuerklassen, fördern Mißtrauen -- und oft nicht einmal ohne Grund.

Denn ungerechte Entlohnung von Ausländern wird in größeren Betrieben oft nur dadurch kaschiert, daß ganze Produktionsbereiche mit Ausländern besetzt sind, die alle auf der gleichen, freilich niedrigen Lohnstufe rangieren.

Zudem: Neuankömmlinge werden meist zum Tarif eingestellt, weshalb ihnen die übertariflichen Leistungen -- bis zu 40 Prozent des Reallohns -- entgehen. Immerhin glaubten sich 60 Prozent der von Maria Borris in Frankfurt Befragten bei der Bezahlung im Nachteil. Wie untrennbar sich dabei Informationslücken und echte

Diskriminierung mischen, verdeutlicht der Komplex Berufsbildung. Sie wird, wo von Arbeitgebern angeboten, von vielen Ausländern nicht wahrgenommen -- teils aus Unkenntnis der Möglichkeiten, aber auch "weil viele Arbeiter fragen: "Warum? Ich weiß ja doch nicht, wie lange ich bleiben darf" (so der IG-Metall-Auslandsexperte Carlos Pardo).

Rechtsmittelbelehrung durch Gewerkschaften fruchtet da nur wenig. Vornehmlich die Türken, befangen in autoritären Heimatbräuchen oder verängstigt, reagieren harthörig. "Der Türke ganz allgemein", so der Gewerkschafter Heinz Richter, "scheint für linke Ideen nicht empfänglich."

Im Verruf, auch ohne Gespür für sonstige Umweltsignale zu sein, machen die Leute von Marmara-Meer und Kurdengrenze nur schleppend Prestigegewinn -- schon wegen deutschorientalischem Dissens in Hygienefragen. Während Türken daran Anstoß nehmen, daß sie der vom Koran auferlegten Reinigungspflicht nicht nachkommen können, weil deutsche Klosetts nicht mit den zu Hause üblichen Schnabelkannen ausgestattet sind, halten Deutsche die zivilisatorische Überlegenheit des Klopapiers dafür. So gab etwa die Hamburger Gesundheitsbehörde "ernsthaft zu überlegen, wie solche Gastarbeiter (Moslems) ganz von Tätigkeiten ferngehalten werden können, bei denen sie unmittelbar Lebensmittel gefährden".

Freilich liegt die türkische Tätigkeit ohnehin meist fernab von Butterfaß und Obstauslage. Denn weit über die Hälfte der Türken leistet Knochenarbeit an Hochöfen, Stahlwalzen und Betonmischmaschinen von Metallindustrie und Baugewerbe.

Im statistischen Durchschnitt aller Wirtschaftszweige liegt, laut Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung für 1969, das Risiko der Ausländer, am Arbeitsplatz zu verunglücken, insgesamt zweieinhalbmal so hoch wie das des deutschen Arbeitnehmers. Sprachbedingtes Unverständnis für Betriebsgefahren und mangelhafte Sicherheitsaufklärung sind die Ursachen. Außerdem beeinflusst es die Statistik, daß die Ausländer meist an ganz allgemein besonders gefährdeten Arbeitsplätzen und kaum in der weitgehend unfallfreien Angestelltenkarriere unterkommen.

Die "vielfach schwere, schmutzige oder gesundheitsgefährdende Arbeit" (Abreß-Studie), zu der man sie gerufen hat, mochten jedenfalls acht von zehn Frankfurter Ausländern ihren Kindern dereinst mal erspart wissen.

Dabei scheint die Zukunft der Jungen schon jetzt düster. Den rund 400 000 Ausländerkindern, die deutsche Schulen und Tagesstätten besuchen, stehen schätzungsweise noch einmal soviel pädagogisch Unversorgte gegenüber. Allein in Frankfurt "muß mit einer fünfstelligen Zahl nicht gemeldeter und nicht eingeschulter Kinder gerechnet werden" (Maria Bornis). Sie hüten tagsüber jüngere Geschwister oder werden von illegal zugereisten Eltern aus Furcht vor Entdeckung verborgen.

"Mit zunehmender Sorge erfüllt" den Berliner Wohlfahrtler Grell die Ausbreitung eines weiteren Bildungshindernisses. "Passen Sie auf, Ihr Kind wird christlich", warb am Kottbusser Damm zu Kreuzberg eine von mittlerweile vielen in Deutschland

gegründeten Koran-Schulen -- orthodoxen Lehranstalten, die statt Abc und Einmaleins Suren und Tradition (auf arabisch) vermitteln und in der Türkei als Sultanatsüberbleibsel schon von Atatürk verboten waren. Türkische Geschäftsleute und Geistliche fördern sie nun in der Diaspora "aus Furcht, daß türkische Arbeitnehmer gesellschaftliche Mündigkeit erreichen" (Sozialarbeiter Seyfi Ecevitoglu).

Auch innerhalb der deutschen Schulen steht es nicht sonderlich gut um die Bildungschancen der jungen Fremden, die wegen Herkunft und Sprachunvermögen von Mitschülern gehänselt, von Lehrern schlecht benotet werden oder sich in Vorbereitungsklassen" oft jahrelang vergeblich, um Anschluß mühen. Sechs von zehn Ausländerkindern verpassen den Schulabschluß.

Initiativen wie ein Modellversuch der Stadt Opladen, wo der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft mit Sprachförderung und leistungsfähigen Lerngruppen die Integration erleichtern will, verschlagen, aufs Gros gerechnet, kaum: So bleiben etwa in Nordrhein-Westfalen 60 Prozent der ausländischen Kinder ohne regulären Schulabschluß. Und 20 Prozent "der ausländischen Eltern Frankfurts geben ausdrücklich zu, daß sie zwischen Schwierigkeiten mit Sprache und Lernen direkten Zusammenhang sehen.

Dieses Hemmnis, in Wahrheit nach überwiegender Pädagogenmeinung für mindestens die Hälfte der Kinder wirksam, verstärkt sich noch in den Gettos. Nach Schweizer Beobachtungen leidet das zunächst einer Schutzhaltung vergleichbare Motiv, sich anzupassen und die Sprache zu erlernen, gerade dort, wo die Minderheiten zu relativer Größe kommen.

In den Klassen der Slumviertel mit einem Ausländerkind auf jeder dritten oder zweiten Schulbank wachsen fast zwangsläufig "Analphabeten in zwei Sprachen" heran (so ein türkischer Lehrer in Frankfurt). "Sie sind", wie Soziologe Nezih Manyas protokolliert, "am Ende ein reiner Verlust für die Türkei und bestimmt kein Gewinn für Deutschland."

Für jeden Türken 200 000 Mark Einbürgerungskosten?

Daß die Fremden-Misere bis in den Familien- und Schulbereich hineinwirkt und von dort aus wieder in die deutsche Gesellschaft zurück, steht als Beispiel für die Folgen politischer Fehlleistung: Zu lange erschöpfte sich amtliche Ausländerpolitik im Vergrößern der industriellen Reserve-Armee, zu lange wurden die sozialen Bedürfnisse verkannt.

Nun beschwört Bundesarbeitsminister Walter Arendt: "Die sozialen und gesellschaftlichen Erfordernisse dürfen nicht länger hinter den einzelwirtschaftlichen Überlegungen zurückstehen."

Unversehens ist damit die Bundesrepublik in eine Zwangslage geraten. Das Rotationssystem mag die Regierung nicht anwenden -- "aus sozialen und humanitären Gründen"; und Einwanderungsland zu sein mit allen Konsequenzen kann sie sich nicht leisten.

Denn so unausführbar das Rotationskonzept ist, durch schnelle Umwälzung der fremden Belegschaft die bei Einwanderung unumgänglichen Infrastrukturkosten einzusparen, so sicher ist auch: Ungesteuerte Niederlassung von Ausländern im Sozialstaat würde solche Kosten ins Uferlose treiben.

Zwar ist noch nirgends exakt belegt, was die Einbürgerung aller ausländischen Arbeitnehmer kosten würde. Doch ob Berlins Finanzsenator Heinz Strick "für jeden sich integrierenden Gastarbeiter Infrastrukturkosten von 200 000 DM" veranschlagt oder ob Münchens Stadtentwickler allein für ihre Region einen "Integrationsbedarf von vermutlich 2,5 Milliarden" errechnen -- die unbezahlte Rechnung ist schon jetzt gigantisch.

Unvermeidbar stoßen sich soziale Vorhaben und ökonomische Durchsetzbarkeit in einer Gesellschaft, die zu ihren Ausländern humaner sein will, als sie es war, aber nicht solvent genug ist, wie sie es sein müßte, wollte sie beliebig vielen Einwanderern zumutbare Verhältnisse bieten.

Den künftigen Kurs der deutschen Ausländerpolitik soll denn auch erst einmal ein Bremsmanöver einleiten. Das im Juni veröffentlichte Bonner "Aktionsprogramm" sieht vor, daß

- * der Wirtschaft eine Vermittlungsgebühr von 1200 Mark je Ausländer (bisher: 300 Mark) sowie eine "Wirtschaftsabgabe" für Ausländerbeschäftigung berechnet werden kann;

- * in den Ballungsgebieten die Zulassung weiterer Ausländer von der Aufnahmefähigkeit der Infrastruktur abhängig gemacht werden soll;

- * die Produktionsverlagerung in die Herkunftsländer "im europäischen Rahmen" angestrebt werden soll. Selbst eine Politik der verriegelten Grenzen könnte freilich nur verhindern, daß Wohnungen, Schulplätze und Aufstiegschancen für Ausländer noch teurer kämen -- Linderung von Slum-Nöten wie in Kreuzberg aber, ein Schrumpfen der Gettos, dürfte auf absehbare Zeit nicht erreichbar sein.

Denn Segregation, die Abkapselung von Minderheiten in Subkultur und Unterprivilegierung, ist zählebig. Die Verfasser der Stuttgarter Ausländerstudie entlehnten aus Amerika die Erkenntnis, daß sich selbst im gerühmten "Schmelztiegel-Land" die Einwanderer-Gettos von 1910 über 1960 hinaus behauptet haben, "auch in der Generation der Kinder und Kindeskinde" (so der amerikanische Soziologe N. Kantrowitz). Die Stuttgarter: "Ein weiterer Grund, vor Segregation im Siedlungsbereich in aller Schärfe zu warnen."

Vielleicht kommen solche Warnungen schon zu spät. Nach der Kreuzberger Devise "Rette sich, wer kann" können wohl ein paar tausend Bürger das Weite suchen -- die Städte selber kommen nicht davon.